

EU-Gipfel entscheidet über Selenskys Schicksal

Die Argumente dafür, dass die EU sogar die 207 Milliarden Euro einzieht, sind sehr wackelig und dürften den endgültigen Todesstoß für das Projekt bedeuten, das den Krieg am Laufen hält.

8. Dezember 2025 | Martin Jay

Es gibt ein EU-Dokument, in dem es heißt, dass „es ein Problem mit der Finanzierung der Ukraine gibt“. Keine Frage. Das eigentliche Problem besteht jedoch in einem neuen Vertrauensverlust der EU-Mitgliedstaaten in diese „Finanzierung“, nachdem kürzlich unbestätigte Berichte aufgetaucht sind, dass Donald Trump der EU unverblümt mitgeteilt habe, dass sie nicht auf die angeblich 300 Milliarden US-Dollar an „eingefrorenen“ russischen Vermögenswerten zugreifen könne, die vom Westen gehalten werden.

Als der Krieg begann, hielt die russische Zentralbank rund

- 207 Milliarden Dollar in Euro-Vermögenswerten,
- 67 Milliarden Dollar in US-Dollar-Vermögenswerten und
- 37 Milliarden Dollar in britischen Pfund-Vermögenswerten.

Außerdem verfügte sie über Bestände in Höhe von

- 36 Milliarden Dollar in japanischen Yen,
- 19 Milliarden Dollar in kanadischen Dollar,
- 6 Milliarden Dollar in australischen Dollar und
- 1,8 Milliarden Dollar in Singapur-Dollar.

Ihre Bestände in Schweizer Franken beliefen sich auf etwa 1 Milliarde Dollar.

Von den weltweit 355 Milliarden US-Dollar an sogenannten „eingefrorenen“ russischen Geldern hält die EU also nur etwas mehr als die Hälfte, obwohl sie so tut, als hätte sie alles. Dennoch wurden große Hoffnungen in die EU gesetzt, dass sie dieses Geld zur weiteren Finanzierung des Krieges in der Ukraine einsetzen würde.

Aber selbst wenn Trump die EU nicht aufgefordert hätte, die Finger von dem Geld zu lassen, wäre es nach internationalem Recht sehr fragwürdig, wenn die EU auch nur die 207 Milliarden Euro beschlagnahmen würde, was wahrscheinlich den endgültigen Todesstoß für das Projekt bedeuten würde, das den Krieg am Laufen hält. Am 18. Dezember werden sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Brüssel treffen und sich einer Realität stellen müssen: Wenn dieses Geld nicht verwendet werden kann, müssen die EU-Mitgliedstaaten selbst ein Rettungspaket schnüren, um den Haushalt der Ukraine für 2026 in Höhe von 80 Milliarden US-Dollar zu finanzieren.

Kürzlich hat die EU weitere 2 Milliarden Euro an „Kredit“ angekündigt, aber solche Zahlungen werden angesichts des riesigen Lochs, das gestopft werden muss, keine Normalität aufrechterhalten können. Das eigentliche Problem der EU ist, dass sie nicht mit ‚ihrem‘ russischen Geld hinter ihren Worten steht. Angesichts eines Ultimatums von EZB-Vertretern wie Christine Lagarde werden die EU-Mitgliedstaaten ihr eigenes Geld nicht als Garantie anbieten, wenn es zu Problemen mit den Finanzmitteln kommt, die zur Finanzierung des Krieges verwendet werden sollen.¹

Dieser Mangel an Vertrauen könnte sich als nachteilig für die Selensky-Unterstützung des Westens erweisen. Der angeschlagene Präsident hat bereits mit seinem eigenen politischen Niedergang in Kiew zu kämpfen, nachdem Korruptionsskandale und der Rücktritt wichtiger Verbündeter und in einigen Fällen sogar deren Flucht aus dem Land bekannt geworden sind.

Und mit einem 28-Punkte-Friedensplan, der nach Meinung der meisten Experten „von vornherein zum Scheitern verurteilt“ war, lautet die derzeitige gängige Meinung westlicher Kommentatoren, dass seine Zeit abgelaufen ist. Er kann selbst kein Friedensabkommen anbieten, da zu befürchten ist, dass er in dem Moment, in dem er ein solches Dokument unterzeichnet, ermordet wird, woraufhin der Waffenstillstand gebrochen wird und beide Seiten wieder in den Kampf ziehen.

Die einzige Hoffnung für den Westen besteht darin, sein politisches und finanzielles Kapital in einen neuen Führer zu investieren, der den Russen vertraut ist und von ihnen respektiert wird und dessen Unterschrift mit echten Garantien einhergeht – aber dies muss die Zusicherung enthalten, dass ihre eigenen Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren, wenn das Abkommen unterzeichnet ist. Die EU-Führer können sich nicht klar machen, dass der ganze Krieg damit begonnen hat, dass die Ukraine in die EU und die NATO überführt werden sollte und ihre Truppen vom Westen ausgerüstet und ausgebildet wurden – insbesondere unter Trump im Jahr 2017 während seiner ersten Amtszeit.

Eine weitere Idee, die für alle EU-Staats- und Regierungschefs – einschließlich Kleinbritanniens – unerträglich ist, ist die Tatsache, dass die Volkswirtschaften dieser Länder am Boden liegen. Der belgische Premierminister deutete kürzlich auf einer Pressekonferenz an, dass er zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen gegen die Verwendung russischer Gelder zur Finanzierung des Krieges sei, es aber vorzuziehen wäre, wenn die EU in dieses rechtlich Neuland vorstoßen würde, einen Nicht-EU-Partner mit ins Boot zu holen. Er deutete an, dass dies London sein könnte.

Aber jemand muss ihm sagen, dass die britische Wirtschaft aufgrund ihrer eigenen Schuldenzinsen in Höhe von 120 Milliarden Pfund pro Jahr kurz vor dem Zusammenbruch steht, basierend auf rücksichtslosen Entscheidungen nach Jahren der Kreditaufnahme, um selbst verursachte Probleme zu lösen. Es ist unvorstellbar, dass Großbritannien ein Partner sein könnte, der die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Fortsetzung des Kriegsschwindels garantiert oder absichert. Aber im Traumland der EU ist solch ein Unsinn ein guter Stoff für die Presse am nächsten Tag.

Trumps Anweisung, die russischen Gelder freizusetzen, ist ein ernüchternder Weckruf für die EU-Spitzenpolitiker, da ihnen das Geld ausgegangen ist, um es in das schwarze Loch des Ukraine-Krieges zu stecken, von dem sie insgeheim wissen, dass es Selenskys eigenes Netzwerk geldgie-

1 Ausgenommen Deutschland: Merz hat bereits zugesagt, dass die BRD gern die Garantie für ein Viertel der gesamten Raubsumme übernehmen wird.

riger Kumpane finanziert, deren einzige wirkliche Beschäftigung darin besteht, nach Möglichkeiten zu suchen, internationale Gelder abzuzweigen und im Amt zu bleiben.

Der kürzliche Rücktritt seines Stabschefs, nachdem sein eigener Geschäftspartner und Freund aus dem Land geflohen war, weil die Ermittler ihn wegen seiner Beteiligung an einer Veruntreuung von 100 Millionen US-Dollar bei einem Energieunternehmen verhaften wollten, ist der bislang deutlichste Hinweis darauf, wie das Geschäftsmodell in Kiew aussieht. Für westliche Staats- und Regierungschefs wird es immer schwieriger, die Augen vor dem Ausmaß der Korruption, ihrer Reichweite und den Zahlen zu verschließen, wenn solche Skandale offensichtlich nur die Spitze des Eisbergs darstellen.

Und nun, da sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 18. Dezember treffen, geht es in vielerlei Hinsicht nicht darum, immer neue raffinierte Wege zu finden, um ihren eigenen Steuerzahlern ihr hart verdientes Geld aus der Tasche zu ziehen, sondern darum, ob sie Selensky und seine Strategie weiterhin unterstützen können. Angesichts des Korruptionsskandals in Brüssel, der gerade für Schlagzeilen sorgt und zu den Bestechungsvorwürfen gegen Ursula von der Leyen hinzukommt, scheint es unvorstellbar, dass die EU-Spitzenpolitiker nicht sensibel auf die ungläubigen Rufe der einfachen Menschen in ihren Heimatländern reagieren werden, deren größte Sorge es ist, dass sie dieses Weihnachten in ihren eigenen vier Wänden erfrieren könnten.

Die Priorität des Gipfels wird das politische Überleben sein. Ihr eigenes, nicht das von Selensky.